

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

März/April 2007

Informationen zur grünen Kommunalpolitik
in Stadt und Kreis Ludwigsburg

Ausgabe 30

Protest war erfolgreich – wichtige Zugverbindung von Bietigheim nach Heilbronn wird nicht gestrichen

VON FRANZ UNTERSTELLER, MDL

Über Wochen hinweg gab es zu Jahresbeginn angesichts teils drastischer Streichungen von Zugverbindungen landauf und landab heftige Proteste. Laut einer der Grünen Landtagsfraktionen im Januar vorliegenden Streichungsliste waren 27 Bahnstrecken – darunter auch die Strecke Stuttgart-Bietigheim-Heilbronn – mit einem Gesamtkürzungsvolumen im Umfang von 2,1 Millionen Zugkilometern betroffen. Allein auf der Strecke zwischen Stuttgart und Heilbronn sollten rund 171.000 Zugkilometer – darunter auch wichtige Pendlerverbindungen – entfallen, was ca 7% des Gesamtkürzungsvolumens entsprachen hätte.

Fatale Folgen

Sowohl die Besigheimer BMU-Fraktion als auch ich haben noch im Janu-

ar in ausführlichen Pressemitteilungen auf die Folgen der geplanten Kürzungen hingewiesen. Danach war ursprünglich vorgesehen, dass an Werktagen die Züge ab Heilbronn um 19.56 nach Bietigheim und von Bietigheim um 22.38 nach Heilbronn komplett entfallen sollten. Damit hätte der Halbstundentakt ab Heilbronn in Richtung Stuttgart bereits um 19.26 geendet und in der Gegenrichtung ab Stuttgart zwischen 21.15 und 23.15 ein 2-Stunden-Loch in Richtung Heilbronn gehabt.

Erfolgreicher Protest!

Unser Protest hat sich gelohnt! Mittlerweile steht fest, dass die Verbindung die um 22:18 ab Stuttgart in Richtung Heilbronn geht erhalten bleibt und sogar noch ausgebaut wird. Zum Ausgleich werden zwei Züge in den Morgenstunden zusammenge-

fasst, anstatt zwei Züge um 6.30 Uhr und 6.45 Uhr soll zukünftig nur ein Zug um 6.37 Uhr direkt nach Heilbronn fahren.

Streichungen verhindert!

Somit wurden zumindest die gravierendsten Streichungen auf der Strecke Stuttgart-Bietigheim-Besigheim-Heilbronn abgewendet. Wesentlich düsterer sieht es hingegen auf zahlreichen anderen Strecken im Land aus. Dabei wäre das unökologische Streichkonzert zumindest in diesem und im kommenden Jahr vollständig vermeidbar gewesen, wenn CDU und FDP bereit gewesen wären die im Entwurf für den Landeshaushalt im Jahr 2007 mit 14 Millionen Euro und 2008 mit 40 Millionen Euro veranschlagten Ausgaben für Stuttgart 21 – wie von uns Grünen vorgeschlagen – für den Regionalverkehr einzusetzen.

VON MAX BLEIF

Unter dieser Adresse hat der Bundesverband von Bündnis'90/DIE GRÜNEN nun ein Diskussions- und Informationsforum rund um das Thema Klimawandel eröffnet. Dies wurde auf dem Bundesparteitag (BDK) in Köln letztes Jahr so beschlossen, um im Netz öffentlich über dieses Thema, für welches uns die Wähler den höchsten Kompetenzgrad zuschreiben, zu diskutieren. Die Webseite www.gruenes-klima.de ist ein so genanntes Blog, was zum mitmachen einlädt. Wie funktioniert's:

Ihr könnt eigene Beiträge formulieren und eure Gedanken einbringen. Dazu müsst ihr euch registrieren lassen und bekommt ein Zugangspasswort. Nachdem ihr das erhalten habt, kann's losgehen. Dann ist es euch auch möglich, Veranstaltungen zum Klimaschutz, die ihr machen wollt, oder von denen ihr erfahrt, in den öffentlich einsehbaren Terminkalender einzustellen. Oder ihr wollt einen Beitrag eines anderen Users kommentieren: Dann

müsst ihr weder registriert, noch im Blog angemeldet sein.

Also, beteiligt euch an den Diskussionen und stellt fleißig Diskussionsbeiträge ein.

Auf dass der KV Ludwigsburg präsent ist.

www.gruenes-klima.de Grünes Internetforum zum Thema Klimaschutz gestartet



Engagiert: Ein Hilfsprojekt für die 3. Welt

Irene Heine, langjährige Gemeinderätin der Grünen in Ingersheim, hat in Laos ein mutiges Hilfsprojekt gestartet.

Ziel ist es, vielen Menschen vor Ort direkt zu helfen.

Irene vermittelt Patenschaften für Kinder, hilft Familien dort, sammelt Spendengelder für den Bau von Schulen und verteilt diese dann dort direkt.

Durch mehrere längere Aufenthalte dort weiß sie, wo die Not am größten ist – und dort hilft sie auch direkt. Jedes Jahr reist sie nach Laos und hilft vor Ort.

Hier ein paar Sätze von Irene über das Projekt:

Het boun dai boun Freunde Laos', Verein in Gründung

Durch einen Urlaubsaufenthalt im Jahr 2004 wurden wir auf die Lebensproblematik und die Armut der Menschen in Laos aufmerksam. Wir entschlossen uns hier etwas zu tun und entschieden, im Ausbildungs- und Erziehungsbereich zu unterstützen. Hier mangelt es häufig an allem. Mittlerweile erreicht unsere Hilfe zur Selbsthilfe insbesondere Schulen und Schüler bei Baumaßnahmen, Unterrichtsmaterialien und Schulgeld. Es gelang uns auch, für besonders benachteiligte Kinder aus extrem armen Familien Patenschaften in Deutschland anzuregen, die, wie alle unsere Projekte, auf längere Zeit angelegt sind.



JUGENDLICHE VOR DER SCHULE, DIE DURCH DAS HILFSPROJEKT STEINE FÜR DEN BAU VON UNTERRICHTSRÄUMEN BEKOMMEN HAT

Durch unsere regelmäßigen Besuche in Laos ist gewährleistet, daß die Hilfe direkt bei den Menschen ankommt und persönlicher Kontakt besteht.

Zu Laos:

Binnenland in Südostasien zwischen Vietnam, Kambodia, Myan Mar, China und Thailand
Größe des Landes entspricht etwa der alten BRD
Schwer zugängliche Gebiete, wenig Straßenanbindung, Flüsse bedingt schiffbar außerhalb Trocken- und Regenzeit
Primär- und Sekundärbewaldung, Regenwaldgebiete

Minoritäten zw. 50 und 60/deshalb viele sehr unterschiedliche Sprachen
Einwohner knapp 6 Mio.

Ende des Krieges 1975, Sieg Pathet Lao, heute Volksrepublik nach sozialistischem Vorbild

Amerika überzog das Land während des Vietnamkrieges in einem „nicht erklärten Krieg“ mit Bomben und Minen, um den Vorstoß des Kommunismus abzublocken
Laos gehört zu den ärmsten Ländern der Welt

Ernährung: Substistenzwirtschaft, hauptsächlich Reisanbau
Religion: Buddhismus, Spiritismus, Animismus

Spender gesucht!

Wer das Projekt unterstützen möchte und vielleicht sogar eine Patenschaft übernehmen will, kann sich gerne bei Irene Heine melden.

Tel.: 07142 – 5 42 66
email: radjani@gmx.de



FOTOS: IRENE HEINE



KINDER IN EINER SCHULE

Kreisvorständetreffen

VON INGRID HÖNLINGER & JULIA SCHWEIZER

„Wann, wenn nicht jetzt?“ Die Antwort auf Petra Selgs Eingangsfrage beim letzten Kreisvorständetreffen war eindeutig. Das Thema Klimawandel ist, nicht zuletzt durch die UN-Berichte, derzeit in aller Munde.

Doch obwohl uns Grünen in punkto Umwelt- und Klimaschutz die größte Kompetenz zugeschrieben wird, müssten gerade wir verstärkt Aktionen und Veranstaltungen in diesem Bereich machen und kampagnenfähiger werden. Ziel soll es sein, dass jeder Kreisverband mit einer Umwelt-Aktion in die Presse kommen soll. Ein weiteres wichtiges Thema dieses Jahr wird die Sozialpolitik sein, Petra Selg erinnerte in diesem Zusammenhang auch an das Blog www.grundsticherung-bw.de und rief zur Teilnahme auf.

Sehr viel mehr Diskussionsstoff an diesem Tag bot aber die Abstimmung zum Tornadoereinsatz in Afghanistan, die deshalb auch kurzfristig auf die Tagesordnung genommen wurde. Fritz Kuhn führte seine Argumente für sein Ja zum Tornadoereinsatz auf. Doch nicht jeder konnte zustimmen, dass die Tornados unabdingbar für die ISAF-Truppen zur Bodenaufklärung seien. „Laufen die Taliban jetzt etwa mit Markierungen auf dem Kopf durch die Gebirge?“ fragte ein Kreisvorstand provozierend. „Die Tornados tragen zur Eskalierung bei“, befürchtete Winne Hermann. Auch Sylvia Kotting-Uhl zeigte sich von den Argumenten der Befürworter nicht beein-

druckt. „Tornado-Einsätze helfen nicht gegen Selbstmordattentäter“, sagte sie. Problematisch sei aus ihrer Sicht nun, dass die unterschiedlichen Militäreinsätze in Afghanistan immer mehr ununterscheidbar werden, was die Sicherheit der deutschen Soldaten nicht gerade verbessern würde.

Der Nachmittag stand dann ganz im Zeichen der Mitglieder- und Stimmengewinnung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2009. In drei Foren wurden konkrete Aktionen und Kampagnen diskutiert.

Im Forum I ging es v.a. um die Mitglieder. Beate Müller-Gemmelke gab einleitend einige Hintergrundinfos zur Mitgliederfluktuation und Tipps, wie man mit einer „Anerkennungskultur“ neue und auch ältere Mitglieder auf der persönlichen Ebene stärker ins Parteilgeschehen einbinden könne. Sie warb an dieser Stelle auch für die angebotenen Traineeprogramme.

Im Forum II wurde über die parteiinternen Strukturen gesprochen. Im Rahmen eines fiktiven Kreisverbandes wurde diskutiert, welche Faktoren ausschlaggebend dafür sind, InteressentInnen für Kommunalisten zu finden. Anlässlich der Klimaschutzkampagne suchten die TeilnehmerInnen nach möglichst guten Aktionsideen. Sie dachten auch über den „kleinen Mehrwert“ einer Veranstaltung nach, wie sie nämlich nach einer Veranstaltung BesucherInnen mit weiteren grünen Informationen versorgen önnen, so z.B. durch die Aufnahme von (e-mail-)Adressen.

Und immer wieder Maientag

Jedes Jahr im März wird beim Weißwurstfrühstücken des OV Vaihingen/Enz das Thema ersponnen, mit welchem der Ortsverein am Maientagsumzug der Stadt Vaihingen/Enz teilnehmen wird. Das Leitmotiv ist jedes Jahr: Vaihingen Einst und Heute. Das Unterthema dieses Jahr: Klima im Wandel.

Der Vaihinger Maientag ist ein altes traditionelles Kinderfest. Im Festumzug am Pfingstmontag wird die Vaihinger Geschichte dargestellt. Die Vaihinger SchülerInnen sind jedes Jahr in ein anderes Bild eingebunden. Der Höhepunkt des Umzuges ist die abschließende Rondellfeier. Unter einer alten Winterlinde werden Lieder, Gedichte und als Krönung der Flößertanz dargeboten. Nun sind die Grünen seit über 25 Jahren dabei – auch immer ein bisschen mit

historischem Bezug. Vaihingen Einst und Heute also. Für das Umzugsbild gibt es folgende Idee:

Den Anfang bildet eine mittelalterlich gekleidete Gruppe, dann folgt ein Leiterwagen mit Olivenbäumchen und Olivenöl aus der Naturpark Stromberg-Heuchelberg Toskana. Um die Verwandlung unserer Breiten ins Heiße zu untermalen, folgt zum Schluss eine afrikanisch gekleidete Trommelgruppe. Habt Ihr Lust, Euch oder Euren Kindern eine Freude zu machen – dann macht mit. Ihr könnt Euch nach Belieben in die Gruppen einfügen.

Der Maientag bietet nach dem Umzug auch einen Rummel und kostenlose Spiele für Kinder.

Meldet Euch bei: Susanne Häuser-Essig unter 07042/810053 (reda)

Mehr Engagement für den Klimaschutz

Das fordert die Grüne Fraktion in Ludwigsburg von der Stadtverwaltung und vom Gemeinderat

VON ROSWITHA MATSCHNER

Der schon vor 30 Jahren prognostizierte Klimawandel kommt nicht irgendwann, wir sind mitten drin.

Doch noch haben es die Menschen selbst in der Hand, die Schäden zu mindern. Den Kommunen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu, denn Klimaschutz beginnt im Alltag jedes Einzelnen. Wir sehen hier die Kommune als wichtiges Vorbild und hatten deshalb bereits zum Haushalt 2007 zahlreiche Anträge gestellt, die mit ihrer Umsetzung den CO₂-Ausstoß mindern würden. Aber von der Forderung nach einem Jubiläumswald bis zum Bezug von Ökostrom wurden die Anträge entweder abgelehnt oder bis heute nicht behandelt.

Wir hoffen, dass wir mit unserem Antrag zum Klimaschutz in der Bauleitplanung auf mehr Einsicht stoßen. Es gibt mit Festsetzungen im Vorhaben bezogenen Bebauungsplan, die über den Wärmeschutzstandard nach dem Baugesetzbuch hinausgehen, zahlreiche Möglichkeiten, den zusätzlichen

CO₂-Eintrag in die Atmosphäre zu reduzieren oder sogar für eine ausgeglichene Bilanz zu sorgen. Dazu gehören dichte Bauweise, die Stellung der Gebäude und Dachformen, Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien, die Bepflanzung und die Förderung des Nachhaltigen Verkehrs einhergehend mit Maßnahmen zur Eindämmung des Individualverkehrs.

Nicht nur Worte, sondern auch Taten

OB Spec hatte in seinem Grußwort beim Klimaschutzkongress im letzten Herbst gesagt, dass jede Kommune alle Maßnahmen, die ihr zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zur Verfügung stehen, umsetzen muss. Diese Aussage können wir nur unterstützen und fordern die Stadt auf, nicht mehr nur verbal für den Klimaschutz zu kämpfen, sondern die erforderlichen Maßnahmen auch umzusetzen.

Bewerbung um Climate Star

Mit den lokalen Klimaschutzaktivitäten soll sich Ludwigsburg zudem für den Climate Star 2007 bewerben. Der Climate Star ist eine europäische Aus-



zeichnung des „Klimabündnisses für europäische Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder“ bei dem die Stadt Ludwigsburg seit 10 Jahren Mitglied ist. Der Climate Star stellt in diesem Jahr nachhaltige Mobilität in den Mittelpunkt. Der Verkehr ist lt. Klimabündnis die am schnellsten wachsende Quelle für Treibhausgasemissionen und verursacht inzwischen rund 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes in Europa. Mit der Auszeichnung will das Klimabündnis die Vielfalt lokaler Strategien und Maßnahmen zum Klimaschutz aufzeigen und weitere Städte und Gemeinden zur engagierten Mitarbeit motivieren.

Jürgen Walter zu Plänen um die FH Ludwigsburg: Öffnung statt Zusammenlegung!

Die Grünen im Landtag lehnen die vom Landesrechnungshof ins Spiel gebrachte Zusammenlegung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg mit der Fachhochschule für Technik in Esslingen ab.

Öffnung statt Verlagerung!

Jürgen Walter fordert stattdessen die Öffnung der verwaltungsinternen FHS in Ludwigsburg und Kehl. „Bislang bilden diese Hochschulen nur Beamtenanwärter aus. Mit der Öffnung können auch andere und damit zusätzliche Studierende aufgenommen wer-

den. Die FH kann dann die Absolventen qualifizieren für die künftigen Anforderungen in der kommunalen und staatlichen Verwaltung, aber auch für Tätigkeiten in Bereichen, die aus der staatlichen Verwaltung ausgelagert sind, z.B. für verwaltungsnahe Berufe in der Wirtschaft.“ Mit neuen Studiengängen könne das Fächerspektrum erweitert werden.

Neue Studienplätze

Da laut dem Masterplan 2012 der Landesregierung 16.000 neue Studienanfängerplätze im Land geschaffen werden sollen, kann eine offene Fach-

hochschule sich um Geld vom Land dafür bewerben. „Kooperationen und Verbundlösungen mit anderen Fachhochschulen sind zwar denkbar, aber eine Auflösung und Eingliederung nach Esslingen ist nicht sinnvoll“, so Jürgen Walter. Er fordert die Landesregierung auf, die Öffnung und Weiterentwicklung der FH Ludwigsburg anzugehen, sonst werde sie im Wettbewerb um neue Studienplätze ausscheiden und damit ihre Zukunftschancen verspielen. „Die Öffnung ist in der grünen Landtagsfraktion schon lange ein Thema und wurde immer wieder gefordert, bisher leider ohne Erfolg“, so Walter. (reda)

Netzwerk Integration in Ludwigsburg erfolgreich gestartet

Integration wird konkret – weitere Paten werden gesucht

Bessere Perspektiven

Damit die Kinder aus Migrantenfamilien eine bessere schulische und berufliche Perspektive erhalten, werden sich für den Zeitraum von mindestens einem Jahr die Paten mit den Paten-Grundschulkindern beschäftigen und diese fördern.

Durch die Vermittlung von Sylvia Maier-Lidle können die Patenkinder ihre Paten in den Räumen des Lern- und Spielclubs Ludwigsburg in der Wilhelmstraße regelmäßig treffen.

Bedarf an Paten!

„Schon unsere erste Anfrage hat gezeigt, dass es noch viele Kinder mit Migrationshintergrund gibt, die gerne einen persönlichen Paten hätten. Deshalb suchen wir dringend weitere männliche und weibliche Paten.“ erklärt Siegfried Rapp, Sprecher des Netzwerkes Integration.

Die Paten und Patinnen treffen sich im etwa 4-wöchigen Rhythmus, um ihre Erfahrungen und ihre Ideen auszutauschen. Interessenten können nach Voranmeldung gerne zu den Patentreffen dazu kommen, um sich über die Arbeit zu informieren und um dann vielleicht auch als Pate mitzumachen.

Voranmeldung bitte bei Siegfried Rapp, Tel: 07141/6887999.

Zur Info:

Das Netzwerk Integration bringt Grundschulkindern mit Paten zusammen. Ziel ist die Förderung von Grundschulkindern mit Migrationshintergrund, um deren schulische und berufliche Chancen zu verbessern. Das Projekt wird ehrenamtlich getragen vom Netzwerk Integration mit Unterstützung der Stadt Ludwigsburg, Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement. (reda)



PATIN MIT IHREM PATENKIND BEIM KENNENLERNEN

FOTO: SIEGFRIED RAPP

Das Netzwerk Integration

„Wir in Ludwigsburg haben nun ein Netzwerk Integration gegründet mit dem Ziel, über Integration nicht nur zu reden, sondern sie aktiv und im direkten Kontakt voran zu bringen.“ sagt Siegfried Rapp, Stadtrat. Das Netzwerk Integration bringt Grundschulkindern mit Paten zusammen. Das Ziel ist die Förderung von Grundschulkindern mit Migrationshintergrund, um deren schulische und berufliche Chancen zu verbessern. Das Projekt wird ehrenamtlich getragen und erhält Unterstützung der Stadt Ludwigsburg.

Erstes Kennenlernen

Beim ersten Treffen der Patenkinder und Paten Anfang März 2007 kamen die ersten 8 Patinnen und ihre Patenkinder zusammen. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einer Tanzeinlage von einem türkischen Schüler, lernten sich Paten-Grundschulkindern und ihre Pateneltern im Gespräch kennen.

Die Patenkinder kommen aus dem Iran, aus der Türkei, aus Sri Lanka und Indien. Die Patenkinder erzählten von ihrem Leben in Deutschland, und es wurde schnell deutlich, dass auch Ludwigsburg eine internationale Stadt ist, in der Menschen aus vielen Teilen der Welt zusammen wohnen, leben und gemeinsam zur Schule gehen.

Mut machen zum alternativen Leben

Christine Denz porträtiert Menschen, die verlockend anders sind:

„Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“

Vor gut dreißig Jahren erschien das Buch „Die Grenzen des Wachstums“, herausgegeben vom Club of Rome. Damals wurde vielen Menschen bewusst, dass die Ressourcen der Erde endlich sind und dass ihr Verbrauch nicht ungebremst weiter gehen kann. Eine Menge hat sich seit damals getan. Umweltgruppen, kirchliche Initiativen und grüne Parteien sind in vielen Ländern entstanden. Das „Umweltbewusstsein“ wuchs. Seit einer Generation wissen wir, dass die klassischen Industriegesellschaften nicht zukunftsfähig sind, weder ökologisch noch ökonomisch. Und doch hat sich im Alltag merkwürdig wenig geändert. Weil der Schritt vom Wissen zum Tun groß ist, blenden die meisten ihr eigenes Wissen aus. Die globalisierte Welt bringt – scheinbar – andere Probleme. Man trennt seinen Müll und lebt ansonsten so weiter wie alle. Weil schlechtes Gewissen sich nicht gut anfühlt, wird die Verdrängung des ökologischen Wissens eher größer als kleiner.

und diese auch in ihrer persönlichen und familiären Umgebung verwirklicht. Da ist der junge Magister, der für die „Erd-Charta“ brennt und Internet- und persönliche Kontakte zu anderen jungen Leuten in allen Erdteilen unterhält. Da ist das Mitglied der Hamburger „Wohnwarft“, welche ihren Bewohnern ein naturnahes und autofreies Leben mitten in der Großstadt ermöglicht – und noch viele andere Menschen.

Stimmige Bilder eines anderen Lebens

Christine Denz hat ihnen allen Fragen gestellt: mit viel Verständnis und Einfühlungsgabe, aber auch mit dem Wissen um die „Mühen der Ebene“. Die Interviews lesen sich daher nicht wie Missionsschriften, sondern als realistische Porträts von Menschen, die so sind wie Du und Ich – und doch ganz schön anders. Auch die Broschüre selber ist schön. Sie hat 72 Seiten. Die wunderbaren großformatigen Porträtfotos von Tim Krieger bringen die Personen nahe. Man sieht ihnen in der Gesprächssituation in die Augen und in ihrem Lebensumfeld über die



Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus? Zahlen, Statistiken, theoretische Überlegungen helfen nicht weiter. Gesucht werden Beispiele dafür, dass ein anderes Leben möglich ist; lebendige, im besten Sinn „ansteckende“ Menschen, die nicht verkniffen und asketisch wirken, sondern aus dem Vollen schöpfen. Solche Menschen porträtiert die Mosbacher Autorin Christine Denz in ihrem Buch „Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“. Es sind Menschen aus verschiedenen Generationen, Frauen, Männer oder auch Paare, die das „alternative Leben“ nicht von anderen verlangen, sondern bei sich selber angefangen haben. Sie wohnen in den verschiedensten Ecken von Deutschland, haben alle möglichen Berufe; fast alle haben Kinder. Viele sind Mitglieder der Ökumenischen Initiative Eine Welt, Wethen, die „Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“ herausgibt.

Elf Schicksale

Da ist die Agraringenieurin, die mit anderen Familien lebensnotwendige Dinge teilt und mit einer großen Kinderschar „mehrere Leben lebt“. Da ist die Kirchenbeamtin, die mit dem „Grünen Gockel“ für Umweltfreundlichkeit in Kirchengemeinden wirbt

Schulter. Text und Fotos zusammen bewirken, dass man sich im besten Sinn ein Bild von einem anderen Leben machen kann, das aus seiner Ganzheitlichkeit seine Schönheit bezieht. Dem entspricht das Layout, das Buntheit und Ruhe vereinigt. Neben den Porträts findet man zahlreiche Tipps, Anregungen und Mitmachprojekte, die den Einstieg in ein anderes Leben für die Leser geradezu verlockend machen, wie auch der Journalist und Ökologe Franz Alt in seinem Geleitwort bemerkt. Sorgfältig recherchierte Adressen und Weblinks vervollständigen den Serviceteil. Eine ungewöhnliche Lektüre mit nachhaltiger Wirkung, die sich auch ausgezeichnet als Geschenk eignet. (Rezensiert von Dorothee Roos, Mosbach)

Christine Denz: „Ganz Schön Anders. Elf Lebensentwürfe, die Mut machen“, 2006. Bezug über den Buchhandel ISBN-13: 978-3-00-019879-3, und auch möglich über die Ökumenische Initiative Eine Welt e.V., 34474 Diemelstadt-Wethen, 72 Seiten, A4-Format, reich bebildert, unverbindl. Verkaufspreis 5,90 Euro.

Die Redaktion bedankt sich bei Franz Untersteller für seinen Buchtipps.

Naturschutz zum Wohlfühlen

BUND Kreisverband Ludwigsburg und Ortsgruppe Sachsenheim des Schwäbischen Albvereins als Preisträger des Naturschutzpreises von Bündnis90/Die Grünen geehrt

Sachsenheim. „Richtig wohl gefühlt“ hätten sie sich, sagten der stellvertretende Bürgermeister von Sachsenheim, Karl Willig, und der BUND Landesgeschäftsführer Michael Spielmann. Beide waren zu Gast beim Kreisnaturschutztag von Bündnis 90/Die Grünen in der Sachsenheimer Bücherei. Dort wurden die Sachsenheimer Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins und der BUND Kreisverband Ludwigsburg mit dem Kreisnaturschutzpreis ausgezeichnet und bekamen je 250 €. „Eine kleine Anerkennung für ehrenamtliches Engagement im Naturschutz“, nannte es der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag, Daniel Renkonen. Die Bedeutung des Ehrenamts hob auch Michael Spielmann in seiner Rede hervor. Vor allem in Baden-Württemberg sei auffällig, wie viele Menschen sich doch in ihrer Freizeit für die Natur einsetzen. Das sei auch dringend nötig, denn gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern hinken man hier bei der Umsetzung umweltschutzpolitischer Vorgaben deutlich hinterher, kritisierte er. Als Beispiel nannte Spielmann den Flächenanteil an Naturschutzgebieten. Der liege in Baden-Württemberg bei 2,2 % – zusammen mit Bayern bilde man da das Schlusslicht. Dass man selbst gesteckte Ziele im Naturschutz erreichen kann, haben die



ZORI DIEROLF UND WOLFGANG HUBER (BUND) MIT ALTEN OBSTSORTEN (JS)

diesjährigen Naturschutzpreisträger eindrucksvoll bewiesen. Der BUND Kreisverband Ludwigsburg hatte vor sieben Jahren die Idee, noch vorhandene Obstsorten im Kreis zu erhalten, bzw. verschollene Sorten ausfindig zu machen und nachhaltig zu vermehren. Erster Partner für das Projekt war die Stadt Bönnigheim, wo Ende November 2001 die ersten Bäume gepflanzt wurden. Weitere Orte folgten. Bis heute sind es mehr als 1100 Jungbäume, in den kommenden zwei Jahren sollen noch mal über 1000 gepflanzt

werden. Zudem organisiert die verantwortliche Projektleiterin Zori Dierolf Wanderausstellungen, bei denen mehr als 300 Apfel- und Birnensorten gezeigt werden konnten.

Naturschutzpreis auch für den Schwäbischen Albverein

Die Sachsenheimer Ortsgruppe des Schwäbischen Albvereins hatte sich gleich mit mehreren Projekten um den Naturschutzpreis beworben. So haben die Aktiven z.B. die Patenschaft für die Metter übernommen und befreiten den Fluss regelmäßig von Unrat. Jedes Jahr im Herbst sind die jüngeren Aktiven auch mit ihrer Mostobstaktion unterwegs und übernehmen für die Besitzer von Streuobstwiesen das Aufsammeln der Ernte. Die Hälfte des Erlöses geht dabei an den Besitzer, die andere Hälfte an den Albverein. „Motor des Engagements“ sei Naturschutzwart Helmut Mager. Wichtig sei dem Albverein, dass die Aktionen für junge und ältere Menschen geeignet sind, betonte Vertrauensmann Rolf Gaisser in seiner Rede. Diesen Aspekt lobte auch Kreisvorstand Julia Schweizer, die gemeinsam mit Kreisrätin Doris Renninger den Tag organisiert hatte. Die Bewirtung des Naturschutztages hatten die Sachsenheimer Grünen übernommen. Hierfür nochmal Danke! (reda)

Unterkunftskosten sollen übernommen werden

GRÜNE Kreistagsfraktion stellt Antrag zur Kulanzregelung beim Mietkostenersatz für ALG II-Empfänger

Überschreitungen der tatsächlichen Mieten um bis zu 20% gegenüber der Wohngeldtabelle sollen toleriert werden, fordert Kreisrat Claus Langbein (Kornwestheim) in einem Antrag der Fraktion an den Kreistag.

Nach vielen Gesprächen mit der Diakonie und mit Betroffenen, hält die Grüne Fraktion es für dringend nötig, dass die Vorgehensweise bei der Übernahme der Mietkosten geändert werden muss. Das gravierendste Problem besteht darin, dass für die Betroffenen der geforderte günstigere Wohnraum gar nicht auf dem Markt zur Verfügung steht. Aus einer Untersuchung des Diakonischen Werks geht hervor, dass nur 18% der verfügbaren Wohnungen auf dem Markt Mieten aufwiesen, die innerhalb der Übergangsgrenzen lagen. Davon wären wiederum nur 65% der Eigentümer bereit, an Arbeitslose zu vermieten.

Zumindest verwendet das Landratsamt inzwischen als zugrunde liegenden Maßstab für die Höhe der Mieten nur noch das Niveau für Neubauwohnungen. Es gilt jetzt die Wohngeldtabelle für Neubauwohnungen des Haus- und Grundbesitzervereins. Allerdings wird der Mietkostensatz für Ludwigsburg nicht im ganzen Kreis angewendet, was Kreisrat Armin Zeeb (Vaihingen) für sehr fragwürdig hält: „Damit bringt man die Betroffenen dazu, nach Ludwigsburg umzuziehen, nur weil dort durch höhere Übergangsgrenzen die Miete ersetzt wird. Das kostet den Kreis am Ende viel mehr Geld.“ Schlecht ausgebildetes Personal bei der Beratung der Betroffenen und bei der Bearbeitung der Anträge führt zusätzlich zu Härten. „Vielen Betroffenen wird das zustehende Geld gekürzt bevor überhaupt ein Gespräch stattgefunden hat“, berichtet Kreisrätin Ma-

rion Bienstock-Hanke (Tamm) aus der Praxis. Schließlich muss die Miete bezahlt werden, wenn der Bewohner nicht obdachlos werden will. Das ALG II ist aber so knapp bemessen, dass es nicht reicht um auch noch die Miete davon zu bezahlen. „Die Menschen werden direkt in die Schuldenfalle getrieben“, befürchtet Claus Langbein. Die Grüne Kreistagsfraktion hat mit der Kulanzgrenze von 20% einen Vorschlag zur unbürokratischen Handhabung von Überschreitungen gemacht. Beantragt wird auch die Schulung des Personals und die Aufarbeitung der Altfälle. Die Grünen haben mit ihrem Antrag zunächst nur erreicht, dass das Thema auf einer Arbeitstagung des Sozialausschusses erneut diskutiert wird. Die Zusage von Landrat Dr. Haas diesen Tagesordnungspunkt mit aufzunehmen steht. Die Dringlichkeit der Angelegenheit fordert allerdings schnelles Handeln. (reda)

Kurswechsel in der Abfallwirtschaft!

Vermeidung im Landkreis längst nicht ausgeschöpft – scharfe Kritik an EnBW

Mit scharfer Kritik am Energieversorger EnBW hat die Grünen-Kreistagsfraktion auf das Scheitern der Mechanischen-Biologischen-Behandlungsanlage (MBA) in Buchen reagiert. Die EnBW habe gegenüber den Kommunalpolitikern nicht mit offenen Karten gespielt. Grünen-Fraktionschef Daniel Renkonen fordert nun eine Kurskorrektur in der Abfallwirtschaft des Landkreises. „Der einzige Weg zu mehr Gebührenstabilität und Umweltschutz ist die Abfallvermeidung.“ Hier müsse die AVL mehr tun.

Die Grüne Kreistagsfraktion ist sich einig, dass der EnBW die Verantwortung für die dramatische Fehlentwicklung vorzuwerfen ist. Entscheidend für das Scheitern der Buchener Abfallbehandlungsanlage ist nicht die MBA-Technologie selber. Diese ist sehr komplex und derzeit noch nicht ausgereift. Sie ist aus ökologischer Sicht dennoch die sinnvollste Art der Müllbeseitigung. Vor allem deshalb, weil die Energiegewinnung sehr hoch ist und am Ende keinerlei giftige Materialien entsorgt werden müssen, wie dies bei der Müllverbrennung der Fall ist. Das Scheitern der Anlage in Buchen ist nach Ansicht der Grünen vor allem auf Planungs- und Konstruktionsfehler zurückzuführen. „Offensichtlich galt die Devise, die Investitionen möglichst gering zu hal-

ten, damit die Rendite nachher maximal hoch wird.“, vermutet Kreisrätin Eva Mannhardt. Dass dieser Schuss nach hinten los ging und die EnBW mit der Schließung beider Anlagen die Notbremse gezogen hat, verwundert deshalb nicht. Mannhardt: „Mit dieser fahrlässigen und verantwortungslosen Vorgehensweise hat die EnBW aber auch der Weiterentwicklung einer umweltfreundlichen Technik einen ordentlichen Rückschlag versetzt.“ Die Grüne Kreistagsfraktion bedauert, dass es derzeit jetzt in Baden-Württemberg keine Alternative zur Müllverbrennung mehr gibt. Die Fraktion appelliert an die EnBW, jetzt nicht vertragsbrüchig zu werden. Ansonsten müssten die Müllgebühren voraussichtlich drastisch steigen, „was wir auf jeden Fall verhindern wollen“ (Renkonen). Damit trägt die EnBW auch die volle Verantwortung für die jetzt anfallenden Mülltransporte quer durch ganz Deutschland. „Als verantwortungsbewusstes Unternehmen müsste die EnBW selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass die Bevölkerung durch die Transporte möglichst wenig belastet wird“, ist sich Eva Mannhardt, Sprecherin im Ausschuss für Umwelt und Technik, sicher. „Das kann natürlich nur heißen, dass möglichst große Mengen über Schienenwege verbracht werden müssen, auch wenn es teurer

ist.“ Grünen-Kreisrat Armin Zeeb regte obendrein einen Schiffstransport der Abfälle über den Neckar nach Stuttgart an. „Das sollte zumindest geprüft werden“, so Zeeb. Außerdem fordert die Fraktion die strikte Einhaltung des Autarkieprinzips. Das heißt: Alle hier anfallenden Abfälle müssen wieder im Land entsorgt werden. In einer gemeinsamen Sondersitzung mit Grünen-Stadträten aus Tauber-Bischofsheim im Landratsamt lehnten die Kommunalpolitiker den Bau einer Müllverbrennungsanlage im Main-Tauber-Kreis als „ökologisch unsinnig“ einhellig ab. Es kann nicht sein, dass Standorte ohne Bahnanschluss im ländlichen Raum ausgewählt werden. „Der Müll muss vor allem dort entsorgt werden, wo er anfällt, und zwar vornehmlich in den Ballungsräumen“, fordert Renkonen. Für die Grünen hat deshalb die Müllvermeidung oberste Priorität. „Bisher hat die Verwaltung leider noch kein schlüssiges Konzept entwickelt, wie die Abfallmengen im Kreis Ludwigsburg konsequent gesenkt werden können.“, bemängelt Kreisrätin Doris Renninger. Die Grüne Kreistagsfraktion setzt sich schon lange dafür ein, dass Restmüllvermeidung durch Gebührenerreize attraktiv gemacht werden muss. Dazu gehört auch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit. (reda)

Familienpass jetzt auch in Remseck

VON JASMINE FINKH

Remseck. Mit dem Attribut familienfreundlich schmücken sich Städte und Gemeinden derzeit gerne. Unterschiedliches steckt hinter den Worten. Tatsache aber ist: Die Schere zwischen wohlhabenderen und nicht so gut gestellten Familien wird immer größer.

Deshalb sind wir, die Fraktion von Bündnis 90 /Die Grünen in Remseck, stolz darauf, dass unser Antrag auf die Einführung eines Familienpasses Erfolg hatte. Ab 1. September 2007 wird es in Remseck wieder einen Familienpass geben. Dies ist besonders beachtlich, weil es in den vergangenen Jahren viele Diskussionen über den Familienpass gab, die unterschiedlichen Modelle aber immer wieder verworfen wurden. Gegen die Stimmen von FDP und CDU gelang es jetzt mit einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme den Familienpass einzuführen.

Welche Leistungen umfasst der Familienpass?

Für Wohngeldberechtigte werden folgende Ermäßigungen eingeführt:

- Die Kindergartengebühr und Kleinkindbetreuung wird um 50 % ermäßigt,
- die Jugendmusikschulgebühr wird um 20 % ermäßigt,
- die Hort- und Kernzeitbetriebsgebühren werden um 20 % ermäßigt,
- Stadtranderholungen werden um 30 % ermäßigt

Der jetzige „Familienpass“ erfüllt damit zwei immer wieder geäußerte Forderungen:

Er trifft die Richtigen, nämlich Familien mit geringem Einkommen, und die Ausstellung des Passes ist mit sehr wenig Verwaltungsaufwand verbunden.

Die finanzielle Entlastung trifft mit den Wohngeldberechtigten Menschen, denen es finanziell oft nicht viel besser geht als den Hartz IV und ALG II-Empfängern. Bekommen Hartz IV und ALGII-Empfänger die Kindergartengebühren aber zu 100 % bezahlt, so mussten die Wohngeldberechtigten die Gebühren zu 100 % bezahlen. Dies wird jetzt geändert!

Die zweite Forderung kam von der Verwaltung: sie fürchtete sich vor dem verwaltungstechnischen Aufwand, der nötig sein würde, um die finanzielle Situation der Familien zu überprüfen. Dieser Aufwand ist jetzt denkbar gering. Da bereits für die Wohngeldanträge die finanzielle Situation der Familien festgestellt wird, ist eine weitere Überprüfung nicht nötig. Dies ist auch wichtig für die Antragsteller: Ihr Wohngeldberechtigungsschein ist gleichsam die Eintrittskarte für den Familienpass.

Fazit: Die Einführung des Familienpasses bedeutet auch in Remseck einen Schritt zu mehr Gebührengerechtigkeit, ein Beitrag für ein familienfreundlicheres Remseck. Und diesen Schritt in die richtige Richtung zu gehen, ist besser, als auf der Stelle zu treten und zu lamentieren!

Frauentag in Vaihingen



Vaihingen/Enz. Begeisterte Frauen und ein volles Haus – mit diesem Resümee konnten die OrganisatorInnen, die Frauen des anatolisch alevitischen Vereins Vaihingen, Frauen aus der SPD und von Bündnis90/Die Grünen, zufrieden sein. Das Fest stand unter dem Motto Gerechtigkeit – gegen Ausgrenzung – für Integration. Zu diesem Thema hatte sich Hatice Borkutz vorbereitet und ihre Rede wurde fließend in Deutsch übersetzt. Alle müssten daran arbeiten, dass eine Integration klappen kann. Von türkischer Seite sollte es selbstverständlich sein, dass die deutsche Sprache beherrscht wird – aber auch sollte es möglich sein, die eigene Kultur zu leben ohne Vorurteilen zu begegnen. Dass der 8. März in Vaihingen bewusst wahrgenommen wird, beschreibt Susanne Schwarz-Zeeb in ihrer Begrüßung als eine lange, fast 25-jährige Tradition: es wurden schon Aktionen auf dem Marktplatz (Maultaschenessen) gemacht, es wurde in der Peterskirche gefeiert, gemeinsam mit der Familienbildung und Zentrum am Turm und zuletzt im Bürgertreff.

Susanne Schwarz-Zeeb wünschte sich sehr, dass dieses Fest der Beginn einer neuen Tradition in Vaihingen wird, gestaltet und angenommen von vielen Frauen verschiedenster Kulturkreise in Vaihingen.

Zur Geschichte des internationalen Frauentages, ihn gibt es jetzt über 100 Jahre und ihrer Begründerin, Clara Zetkin, berichtete u.a. Monika Krebs 2. Vorsitzende der SPD in Vaihingen, dass diese fast 20 Jahre lang in Stuttgart-Sillenbuch gelebt hat. Der Höhepunkt des Programms waren die Bauchtanzvorführungen der Tanzgruppen des Zentrums am Turm, geleitet von Ulrike Schmidt-Hitschler. Diese brachten die Frauen zum Schluss zum begeisterten Mittanzen, sodass neben dem geselligen Kaffee und Kuchen und anderen Köstlichkeiten, die guten Gespräche und Begegnungen letztendlich die verschiedensten internationalen gemeinsame Tänze die Stimmung aufheizte. Anita Götz eine der Initiatorinnen brachte es zum Schluss auf den Punkt: Diese Veranstaltung sollte unbedingt wiederholt werden. (reda)

Grün aktiv

Trotz heftigem Wind und nicht gerade sommerlicher Temperaturen fanden sich doch mehr als 100 Interessierte zum Baumschneidekurs mit Boris Palmer Anfang März in Bietigheim ein. Und lernten viel über Augen und die so genannten Idiotenknicke. Und natürlich über Politik.

Wesentlich wärmer war es bei der Aktion „Kein Ei mit der Drei“, mit der der OV Ludwigsburg mit einem Stand über die Qualen der Käfighaltung informierte.

Lehrreich war auch das Wochenendseminar der Heinrich-Böll-Stiftung zu den Themen Moderation, Rede und Antwort stehen sowie Überzeugend sein in Bietigheim.

Die Gerlinger Grünen haben ein Blog zum Thema Friedenspolitik eingerichtet. Einfach mal reinschauen: <http://s152652241.online.de/>

Blockade gegen den Ausbau der Windenergie für Regierung wichtiger als Kampf gegen den Klimawandel

Die Windpotentiale in Baden-Württemberg sind hervorragend. Das demonstrieren einige der bereits errichteten Anlagen: So hat z.B. die Windkraftanlage auf dem Brandenkopf im Jahr 2006 mit 2345 Volllaststunden auch im bundesweiten Vergleich einen Spitzenwert erzielt. In krassem Gegensatz hierzu steht, dass Baden-Württemberg mit einem Windenergieanteil von derzeit 0,47% an der Stromerzeugung nur noch vom Stadtstaat Berlin unterboten wird. Aus Klimaschutzgründen ist aus Sicht des energiepolitischen Sprechers der Grünen im Landtag, Franz Untersteller: „Ein deutlicher Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg unbedingt erforderlich“. Das bereits 2002 in einem für das Wirtschaftsministerium erstellten Gutachten für 2010 genannte Ziel von 1.238 GWh/a Windstrom (ca. 2% der baden-württembergischen Stromerzeugung) schöpft das vorhandene Potenzial nur zu einem Bruchteil aus. In der von NITSCH u.a. erstellten Studie wurde seinerzeit

davon ausgegangen, dass das technische Windkraftpotenzial in Baden-Württemberg etwa dreimal so hoch liegt (also ca. 6%). Angesichts der in den letzten Jahren rasant voran gegangenen technologischen Weiterentwicklung der Windkraftanlagen (WKA) dürfte das tatsächliche Windkraftpotenzial aus Sicht von Franz Untersteller jedoch deutlich höher liegen. „Ein Ziel von 10% Windkraftstrom bis 2020 in Baden-Württemberg wäre durchaus realistisch.“

Zum Vergleich: Das Nachbarland Rheinland-Pfalz hat schon heute einen Windstromanteil von 6,1%, Thüringen 10,5%.

Deutlich weniger Windkraftanlagen

Ziel des Antrags 14/870 war es zu klären, inwieweit die Windkraft-Regionalplanung den vom Gesetz geforderten „substantiellen Ausbau“ in Baden-Württemberg tatsächlich erfüllt.

Zunächst einmal ist auffällig, dass im Vergleich zu dem vor zwei Jahren von uns eingebrachten Antrag (Drs 13/4526) die Zahl der möglichen WKA sich teilweise drastisch reduziert hat. Dabei stechen die Regionalverbände Donau-Iller (von anfänglich 228 auf jetzt 42) und Schwarzwald-Baar-Heuberg (von ursprünglich 52 auf jetzt 33) besonders heraus. Die dargestellte Entwicklung ist ein Beleg dafür, dass im Verlauf der bisherigen Verfahren vorrangig Bedenken gegen die Windkraft berücksichtigt wurden, nicht aber der positive Beitrag der Windenergienutzung zum Klimaschutz. Diese restriktive Ausweisung von Windkraft-Vorrangflächen widerspricht auch den Zielwerten der von der Landesregierung seinerzeit eingesetzten Gutachter: NITSCH und Kollegen empfahlen für den Windkraftausbau bis 2010 eine Steigerung auf 1.238 GWh/a. Um dies zu erreichen – so die Landesregierung in der Stellungnahme zu dem 2005 von uns eingebrachten Antrag wäre ein Zubau

von 500-600 Windkraftanlagen erforderlich.

Nach jetzigem Planungsstand – so Franz Untersteller – ist gerade einmal ein Drittel davon tatsächlich erreichbar! Zieht man von der Zahl der möglichen WKA (gemäß Frage 1) die bereits in Vorrangflächen errichteten WKA (gemäß Frage 2) ab, so verbleibt ein Zubaupotenzial von lediglich ca. 170 Anlagen. Hinzu kommen die Standorte der drei Regionalverbände, die noch planen. Ein Ergebnis fällt dabei schon jetzt auf: Wie in der Vergangenheit bereits befürchtet, wurde in den vom Regionalverband Mittlerer Oberrhein ausgewiesenen Vorrangflächen keine einzige Anlage gebaut. Untersteller: „Die Zahlen deuten klar darauf hin, dass es sich hier um eine Verhinderungsplanung handelt. Laut uns vorliegenden Informationen wurden nur solche Vorrangflächen ausgewiesen, auf denen ein wirtschaftlicher Betrieb von Windkraftanlagen praktisch ausgeschlossen ist.“ (reda)

Länderrat: „Wir sind die Klimaschutzpartei“

VON INGRID HÖNLINGER

Der Länderrat in Bremen stand unter dem Motto „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“. Die beiden Parteivorsitzenden Claudia Roth und Reinhard Bütikofer sowie Fraktionsvorsitzender Fritz Kuhn hielten kämpferische Reden zur Klimapolitik. Claudia Roth kritisierte die Haltung der Bundesregierung. Sonntags gebe die Kanzlerin die „Klima-Queen“, werktags bremse sie aber wieder. Aus Sicht von Reinhard Bütikofer ist positiv zu verzeichnen, dass die Grünen an keine einzelne Lobby gefesselt sind. Dagegen sei die SPD mit der Kohle verheiratet, die CDU mit dem Atom und beide mit der Automobil-Industrie. Auch Fritz Kuhn unterstrich, dass wir uns mit der Automobil-Lobby anlegen müssen, ein bisschen „Greening“ reiche nicht aus. Auf dem kleinen Parteitag wurde ein umfangreicher Forderungskatalog zum Klimaschutz beschlossen. Auf Intervention des verkehrspolitischen Sprechers der Bundestagsfraktion, Winne Hermann, verblieb es bei der Forderung nach einem Tempolimit von 120 Km/h, verlangt werden außerdem EU-weite Mindeststandards für Elektrogeräte und ein „Klimacheck“ für alle zukünftigen Gesetze. Die EU, die als Gemeinschaft für

Kohle, Stahl und Atomkraft begonnen hat, soll in eine „Europäische Solarunion“ weiter entwickelt werden.

Kinder, Rechtsextremismus und Afghanistan

Ein weiterer Schwerpunkt war die Kinderpolitik. Hier wurde ein 12-Punkte-Aktionsplan beschlossen, der u.a. einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vom 1. Lebensjahr an beinhaltet, außerdem eine „neue Schule“ mit gemeinsamem Unterricht für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit sowie eine Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

Verabschiedet wurde auch eine Resolution zum Rechtsextremismus, mit dem Ziel, Rassismus und Antisemitismus engagiert und entschieden zu bekämpfen. Zur Trauerrede von Ministerpräsident Oettinger anlässlich des Todes von Herrn Filbinger wurde auf Initiative des Bundesvorstands und des baden-württembergischen Landesvorsitzenden Daniel Mouratidis der Antrag „Gegen Verharmlosung von Geschichte“ beschlossen, in dem die Rede als ein schlimmes Beispiel für Verharmlosung, Schönreden und Geschichtsklitterung verurteilt wird. Teilweise kontrovers diskutierten die Teilnehmer des Länderrats über den Antrag des Bundesvorstands zum

Strategiewechsel in Afghanistan. Aus Sicht des Fraktionsvizevorsitzenden Jürgen Trittin dürfe man nicht „Nein“ zu jeder Art von Auslandseinsatz sagen. Der zivile Wiederaufbau müsse auch militärisch abgesichert werden, das sei „die komplizierte Wirklichkeit, der wir uns zu stellen haben“. Der NRW-Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel kritisierte diese Position, verzichtete dann aber auf einen eigenen Antrag für einen Bundeswehrabzug. Letztlich haben die Delegierten sich für einen Strategie-Wechsel hin zu einer politisch-zivilen Offensive entschieden. Vorrang müssten der Ausbau von Infrastruktur, Polizei und Justiz haben. Auch Deutschland müsse seine Mittel massiv aufstocken. Daneben sei aber auch eine militärische Komponente nötig. Eine Erweiterung des Bundeswehrmandats auf den afghanischen Süden wurde abgelehnt.

Neues Parteilogo

Ebenfalls beschlossen wurde die weitere Vorgehensweise zum neuen Partei-Logo. Der Bundesvorstand entwickelt zusammen mit einer Jury Vorschläge, die der BDK im November zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Beschlüsse des Länderrats sind im Internet unter www.gruene.de.

Regierung soll sich in der Klimapolitik neu orientieren

Franz Untersteller: „Statt seiner Dauerwerbesendung für die Atomlaufzeitverlängerung soll Oettinger sich lieber auf den wirklichen Klimaschutz konzentrieren“

Vor dem Hintergrund der mit dem Bericht des Weltklimarats (IPCC) vor wenigen Wochen neu entfachten Debatte um die Notwendigkeit einer drastischen Reduzierung der Treibhausgasemissionen fordert die Landtagsfraktion der Grünen eine grundlegende Neuorientierung in der Klimapolitik des Landes.

„Angesichts des Beschlusses der EU-Regierungschefs, die CO2-Emissionen – bezogen auf das Basisjahr 1990 – bis 2020 um 30% zu reduzieren, braucht das Land ein neues ambitioniertes Klimaschutzkonzept mit klaren Zielen und einem möglichst rasch greifenden Maßnahmenkatalog“, so der energiepolitische Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, Franz Untersteller.

Legt man die Zielsetzung der EU-Regierungschefs zugrunde, muss Baden-Württemberg seine CO2-Emissionen bis zum Jahr 2020 um rund 22 Mio Tonnen gegenüber dem Stand von 1990 (74,4 Mio t) absenken. Aus heutiger Sicht, so Untersteller, sei man hiervon aber um Lichtjahre entfernt. Laut dem zuletzt vom Statistischen Landesamt vorgelegten Zahlen lag das CO2-Emissionsniveau im Jahr 2004 bei 73,7 Mio t und somit nur unwesentlich niedriger als vierzehn Jahre zuvor. Es sei absehbar, so der grüne Energiepolitiker weiter, dass das vor rund zwei Jahren von der Landesregierung beschlossene Klimaschutzkonzept nicht geeignet sei, um die geforderte drastische Reduzierung von Klimagasen auch tatsächlich zu realisieren.

Kein „Musterlände“

So ziemlich in allen Bereichen hinkt man in Bezug auf die klimaschutzpolitischen Erfordernisse der Entwicklung im Bund und in anderen Flächenländern hinterher. So habe der Bund beim Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor mit 12 Prozent Ende letzten Jahres bereits das von der Landesregierung für das Jahr 2010 selbst gesteckte Ausbauziel von 10,5 Prozent übertroffen. Mit einem Anteil von knapp 10 Prozent an der Stromerzeugung hinkt Baden-Württemberg hier dem Bundesdurst hinterher. Ermüthend stelle sich die Situation auch im Hinblick auf die Umsetzung von mehr Energieeffizienz dar. Seit Jahren verfüge das Wirtschaftsministerium über ein Gutachten, wonach rund 20 Prozent des heutigen Energiebedarfs durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplungs-Technologien abgedeckt werden könnte. Hinzu kommt ein brachliegendes Potenzial von rund 1500 Megawatt im Bereich der industriellen Kraft-Wärme-Kopplung. „Allein damit ließe sich die für 2009 vorgesehene Abschaltung des Atomkraftwerks Neckarwestheim I leicht kompensieren“, betonte Untersteller. Versagt habe die bisherige Klimapolitik der CDU/FDP-Landesregierung auch im Hinblick auf die

TERMINE

Mittwoch, 2.5., 19.30 Uhr
Staatsarchiv Ludwigsburg
Gerhard Schick, MdB, spricht zum Thema G8-Gipfel

Mittwoch, 16.5., 19.30 Uhr
KMV in der Weinstube Klingel,
Eberhardstraße 8 in Ludwigsburg
TOP u.a. Delegiertenwahlen
Landesausschuss und Thema
Gentechnik (ab 20 Uhr, zuvor die
Wahlen); Bericht aus dem Landtag

Sonntag, 20.5.
Wanderung rund um Nußdorf,
nähere Infos beim Kreisvorstand

OV Ludwigsburg

Treffen, jeweils montags um 20 Uhr
im Kreisbüro in der Umlandstr. 21
7.5., 21.5., 4.6., 18.6., 2.7., 16.7.

OV Vaihingen

Donnerstag, 24.5., 20 Uhr
Gasthaus Engel, Stuttgarter Str. 2
Mitgliederversammlung

Pfingstmontag, 28.5.
Maientag (s. S.1)

Unser Jahrhundert – ein Gedicht

VON CLAUD LANGBEIN

Vom Eise befreit sind Gletscher und Pole,
es wachsen die Palmen an Nordseestrand,
wir heizen mit Öl, mit Holz und mit Kohle,
Benzin wird in Automotoren verbrannt.

Inseln versinken in steigenden Fluten,
die Nordsee reicht bis an das Bergische Land,
wer trocken will bleiben muß gründlich sich sputen,
Flüchtlinge kriechen an unseren Strand.

Afrika, Wiege der Menschheit, ist stark geschunden,
im Süden Amerikas wächst noch die Not,
der tropische Regenwald ist fast schon verschwunden,
Hunger bringt vielfach den grausamsten Tod.

Eisbären treiben auf einzelnen Schollen,
die Tundra ist heut' ein subtropischer Wald,
dem Fortschritt des Wohlstands Tribut wir nun zollen,
jetzt wird auf Heller und Pfennig bezahlt

für das, an was wir alle hier glaubten,
was unserem Leben da gab einen Wert,
wir sind es, die Menschen, die ständig erbaubten
unsere Erde, die keinem gehört.

Das ist die Gier, die Sucht nach dem Haben,
es ist Egoismus, der alles zerstört,
es ist diese Droge, an der wir uns laben,
die ewig unsere Sinne betört.

Die Erde wird heiß, sie droht zu verbrennen,
das letzte Kapitel tut sich nun auf,
es ist an der Zeit, jetzt zu erkennen,
wohin die Geschichte nimmt ihren Lauf.

Nun haben wir Angst und sind auch verwundert,
bang fragen wir jetzt: „Was kommt auf uns zu?
Ist das die Geschichte in diesem Jahrhundert,
verfällt diese Welt in ewige Ruh'?“

Noch haben wir Zeit, all' das abzuwenden,
noch haben wir Zeit, etwas zu tun,
das Sterben der Erde jetzt zu beenden
und deshalb dürfen wir nun nicht mehr ruh'n.

Wir nehmen das Schicksal in unsere Hände,
gemeinsam wird jetzt etwas getan,
damit dieser Spuk hat schließlich ein Ende,
ich selber – wenigstens – glaube daran.

Ausschneiden und an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Ludwigsburg, Umlandstraße 21, 71638 Ludwigsburg schicken

Ja, ich will Mitglied bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werden:

Name, Vorname: Kreis:
Straße, Nr.: E-Mail:
PLZ, Ort: Beruf:
Tel.: Geburtstag:
Fax.: Geschlecht:

Datum, x Unterschrift:

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, monatlich Euro (laut Satzung 1 % vom Nettoeinkommen) von folgendem Konto einzuziehen:

Bank: BLZ: x Datum, Unterschrift:

Impressum GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg. Der GRÜNSPIEGEL ist kostenlos erhältlich. Der Versand kostet für Nichtmitglieder im Jahr 18 Euro im Kreis, 26 Euro bundesweit. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber/Anschrift der Redaktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Umland, Umlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
KontoNr: 253074029, Volksbank Ludw.
BLZ 604 901 50, KV Ludwigsburg

Redaktion (ViSDP), Layout und Gestaltung, Anzeigenkoordination
Christian Gärtner, Julia Schweizer
gruenspiegel@gmx.de

Druck
Druckerei Ratz, Schönaich

Ausgabe
März/April 2007

Auflage
700

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder. Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die AutorInnen verantwortlich.